

Andreas Umland: Was geschieht, nachdem das erste Blut geflossen ist?

12.01.2010

Obwohl eine Eskalation des russisch-ukrainischen Konflikts weiterhin unwahrscheinlich ist, sollten die führenden Politiker beider Seiten besser heute schon darüber nachdenken, wie zu reagieren ist, wenn sie trotz allem stattfindet

Am 29. Dezember wurde die Stadt Sewastopol neuerlich Zeuge einer Konfrontation. Eine Gruppe von Aktivisten der sog. Gesamtkrainischen Vereinigung „Swoboda“ („Freiheit“), der größten ausdrücklich nationalistischen Partei des Landes, bemühte sich, einen „Marsch gegen illegale Einwanderung“ durch die Hafenstadt durchzuführen. Wie anzunehmen war, kam es schon bald zum Zusammenstoß mit einer pro-russischen Gegendemonstration.

Die politische Interpretation dieses Vorfalles ist nicht leicht. Die russischen Nationalisten nannten ihre ukrainischen Gegner „Faschisten“. Dies war nicht unbegründet, ist „Swoboda“ doch eine Organisation, die aus der noch offener ultranationalistischen Sozial-Nationalen Partei der Ukraine hervorgegangen ist. Einige Mitglieder von „Swoboda“ zeigten auf diesem Marsch den römischen Gruß, wie er von der NSDAP angewandt wurde und den Neonazis heute verwenden.

Andererseits waren unter den pro-russischen Gegendemonstranten, nach Informationen der Internetzeitung „Sewastopol Life“, auch Aktivisten des Witrenko-Blocks. Die Vorsitzende dieser Organisation, Natalija Witrenko, ist schon mehrere Jahre lang Mitglied des sog. Obersten Rats der Internationalen Eurasischen Bewegung. Der Anführer der IEB wiederum, Aleksander Dugin, hat sich mehrfach wohlwollend über Faschismus im Allgemeinen und die SS im Besonderen geäußert. So nannte der Führer der „Neo-Eurasier“ in einem seiner Texte SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, einen Hauptorganisator des Holocaust, einen „überzeugten Eurasier“. Dugin hat eine Vielzahl ähnlicher Aussagen getätigt, so dass Witrenko und ihre Parteigänger über die faschistischen Neigungen Dugins informiert sein dürften. In diesem Zusammenhang klingt die Beschuldigung der ukrainischen Nationalisten als „Faschisten“ aus den Mündern der Leute Witrenkos eigenartig.

Wie auch immer: künftige, ähnliche Situationen, besonders auf dem Territorium der Krim, sind wahrscheinlich. Im schlimmsten Falle kann eine solche Konfrontation außer Kontrolle geraten und in einem Blutbad enden.

Sowohl in der Ukraine als auch in Russland gibt es Politiker und politische Gruppen, für die ein solches Szenario innenpolitisch von Vorteil wäre. Freilich wäre die Mehrheit der Ukrainer und Russen allein von der Idee einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den beiden Brüdervölkern entsetzt.

Nichtsdestoweniger könnte ein auch nur kleiner Kreis entschiedener Extremisten in der Ukraine oder in Russland eine ernstzunehmende Eskalation provozieren – besonders, wenn die Teilnehmer auf beiden Seiten, wie im Dezember, pro-faschistische Aktivisten einschließen.

Was könnten die Folgen eines solchen Blutvergießens sein?

Es ist anzunehmen, dass der Präsident, der Premier oder das „Pseudoparlament“ Russlands noch boshafere Erklärungen abgeben werden, als sie es sich bisher schon bezüglich des ukrainischen Staates und seiner Führung erlaubt haben.

Noch schlimmer wäre, wenn in Russland und/oder der Ukraine die Staats- und Parteiführer in einen öffentlichen Wettstreit darüber treten, auf welche Weise ein Gewaltakt in Sewastopol oder anderswo zu beantworten sei. Dies könnte unter Politikern, die ihre „Treue“ gegenüber den vermeintlichen nationalen Interessen ihres Landes demonstrieren wollen, zu einer Art „politischer Auktion“ führen. Früher oder später würde sich so ein Wettbewerb darüber, wer der eigenen Nation „am meisten ergeben“ ist, in Debatten über eine gewaltsame „Lösung“ des Problems ergießen.

Sowohl die russischen als auch die ukrainischen Politiker müssten zwar verstehen, dass der Einsatz von Militär nicht zu einer schnellen Lösung des Konflikts führen kann. Aber eine scharfe russische Diskussion darüber, wie die ethnischen Russen der Krim zu „schützen“ seien oder ein aufschäumender Patriotismus unter Ukrainern, die sich um die Souveränität ihres Staates sorgen, würde zweifellos Druck auf die Führung beider Länder ausüben. All das könnte eine Dynamik auslösen, durch die eine rationale Abwägung der Pros und Contras einer militärischen Intervention verdrängt würde.

Russland hat mit seiner Invasion in Georgien bereits demonstriert, dass es zügig und ohne Bedenken reguläre Truppen auch außerhalb seiner Grenzen einsetzen kann, wenn es ihm notwendig erscheint, eine Bevölkerung zu „beschützen“, die es für „seine eigene“ und für gefährdet hält.

In solch einer Situation muss sich Kiew daran erinnern, dass man einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Russland in jedem Falle aus dem Weg gehen muss. Denn die NATO ist (wie das georgische Beispiel gezeigt hat) nicht bereit, einen Staat zu unterstützen, der nicht Mitglied der Allianz ist. Umso mehr ist man dort nicht zu einem Krieg mit einer atomaren Supermacht bereit.

Obwohl die ukrainische Armee für Russland ein weit ernst zu nehmenderer Gegner wäre, als die georgische, würde eine kriegerische Auseinandersetzung selbst an einem eingegrenzten Ort, beispielsweise in Sewastopol, eine Kettenreaktion in anderen Regionen der Ukraine mit großen russischen Bevölkerungsteilen auslösen. Auf diese Weise würde selbst ein eher unwahrscheinlicher Sieg der Ukraine in einem nur kurzen Krieg, zum Beispiel auf der Krim, die Einheit des gesamten ukrainischen Staates in Frage stellen.

Auch Russland sollte sich keine Illusionen für den Fall eines militärischen Konflikts mit der Ukraine machen. Natürlich ist die Russländische Föderation eine Nuklearmacht, die auch über eine große Zahl an regulären Truppen verfügt. Sie würde wahrscheinlich als „Sieger“ aus einem solchen Konflikt hervorgehen. Im Endergebnis könnte Russland möglicherweise sogar die „Wiedervereinigung“ mit der Krim erreichen. Aber ein solcher „Erfolg“ würde dem Land auf internationaler Ebene teuer zu stehen kommen.

Im Sommer 2008 gelang es Russland teilweise, einen der postsowjetischen Führer – Michail Saakaschwili – als „Tollkopf“ und „Wahnsinnigen“ darzustellen. Es dürfte allerdings schwer werden, die Welt davon zu überzeugen, dass eine weitere demokratisch gewählte Regierung in einem angrenzenden Staat nun ebenfalls „wahnsinnig“ ist.

Was auch immer für Rechtfertigungen für eine zweite Intervention sich die russischen Politstrategen einfallen lassen mögen: die Mehrheit der Menschen in der ganzen Welt käme, im Falle einer neuen, militärischen Aggression gegen ein Nachbarland Russlands, zu der Schlussfolgerung, dass die wirklich „Irren“ sich eher in Moskau, als in Kiew oder Tiflis befinden. Selbst die relativ „pro-russisch“ eingestellten, westlichen Regierungen in Rom, Paris oder Berlin würden in einem solchen Falle unter Druck geraten, ihre Beziehungen zu Moskau zu überprüfen.

Wahrscheinlich würde ein längerer russisch-ukrainischer Krieg auch zu einem neuen „Kalten Krieg“ mit dem Westen auf allen Ebenen, inklusive der wirtschaftlichen Beziehungen, des kulturellen Austauschs, der Visapolitik etc., führen. Die EU-Russland-Gipfeltreffen, Olympischen Spiele in Sotschi, Mitgliedschaft Russlands im Europarat, Teilnahme russischer Sänger am Eurovision-Wettbewerb – diese und viele andere gemeinsame Projekte und Beziehungen Russlands mit dem Westen würden in Frage gestellt werden. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag könnte, wie im Falle der ehemaligen serbischen Anführer, die Festnahme mutmaßlicher russischen Kriegsverbrecher veranlassen.

Darüber hinaus würde – nach der De-Facto-Annexion Süd-Ossetiens und Abchasiens – eine neue territoriale Expansion Russlands die Führer solcher Länder wie Belarus, Kasachstan oder Usbekistan veranlassen, die Zweckmäßigkeit ihrer Allianz mit Moskau zu überdenken. Diese und andere Verbündete Russlands in Europa und Asien hatten bereits während des russisch-georgischen Krieges und danach ein verdächtiges Stillschweigen gewahrt. Keiner von ihnen hat die „Unabhängigkeit“ Abchasiens oder Süd-Ossetiens anerkannt. Eine weitere Intervention auf dem Territorium eines russischen Nachbarn könnte dazu führen, dass sogar die wenigen verbliebenen, internationalen Partner der RF beginnen würden, anderswo nach Garantien für ihre Sicherheit und nach Partnern für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu suchen.

Es ist möglich, dass Russland in einem „Zweiten Krimkrieg“ um den Preis des Todes tausender Russen und Ukrainer tatsächlich diese wunderschöne Halbinsel zurückgewinnt. Aber Ergebnis einer solchen Expansion wäre auch eine weitgehende Isolation der RF sowie internationale Stigmatisierung der Russen als Volk für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte.

Zur Zeit muten solche Szenarien fantastisch an. Aber sie könnten sich als realistisch darstellen, sobald das erste Blut geflossen ist und die russische sowie ukrainische Öffentlichkeit in aufgeregte Diskussionen über eine adäquate Reaktion auf menschliche Opfer verfällt.

Da heute Gruppen, die innenpolitischen Nutzen aus einer Erhöhung der ukrainisch-russischen Spannungen ziehen würden, in beiden Ländern an Kraft gewinnen, wächst die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation. Um diese zu vermeiden, sollten die Führungen Russlands und der Ukraine sich ständig daran erinnern, wohin der Einsatz militärischer Mittel beide Länder letztlich führen würde.

Der Artikel erschien zuerst am 4. Januar 2010 in der [Ukrajinska Prawda](#) bei der Rückübersetzung half **Stefan Mahnke**.

Autor: [Andreas Umland](#) — Wörter: 1372



Andreas Umland (1967), Dipl.-Pol., M.A. (Stanford), M.Phil. (Oxford), Dr.phil., Ph.D. (Cambridge) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Euro-Atlantische Kooperation Kiew, Herausgeber der Buchreihe „Soviet and Post-Soviet Politics und Society“, Dozent für Deutschlandstudien an der Kiewer Mohyla-Akademie, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Europa-Ausschusses des ukrainischen Parlaments, Senior Expert bei WikiStrat und Mitglied des Deutsch-Ukrainischen Forums, Waldaj-Klubs sowie Expertenrates des Komitees für europäische Integration des ukrainischen Parlaments. Beiträge u.a. in „The Wall Street Journal“, „The Washington Post“, „Harvard International Review“, „The National Interest“, „World Affairs Journal“, „Die Zeit“, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und „Die Welt“.

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.